



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum:	Montag, den 06.10.2025
Beginn:	09:00 Uhr
Ende	10:42 Uhr
Ort, Raum:	Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Vorsitzender

Eberth, Thomas

Mitglieder der CSU Fraktion

Behon, Rosa
Jungbauer, Björn
Krämer, Helmut
Lehrieder, Paul
Schlier, Konrad
Schmidt, Martina

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Finster, Stefanie	Vertretung für Frau Jessica Hecht; anwesend bis 10:39 Uhr
Hansen, Sebastian	Vertretung für Herrn Sven Winzenhörlein
Heußner, Karen	

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Freiherr von Zobel, Felix	
Joßberger, Ernst	Vertretung für Herrn Peter Juks

Mitglieder der SPD Fraktion

Schlereth, Bernhard
Wolfshörndl, Stefan

Mitglieder der FDP/ödp-Fraktion

Kuhl, Wolfgang

Protokollführerin

Münch, Alexandra

Außerdem anwesend:

1 Vertreter der Medien
Kreisrätin Evelyne Sachs
2 Vertreterinnen des Personalrats und Gesamtpersonalrats, Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg

vom Landratsamt Würzburg:

S - Herr Dröse
ZB - Herr Umscheid
GB 1 - Frau Opfermann
GB 3 - Herr Schumacher
GB 5 - Frau Kerwer
SFB 1 - Frau Hümmer
SFB 1- Herr Schebler
SFB 3 - Herr Kämmerer
SFB 3 - Frau Gersitz

SFB 4 - Herr Paffrath
SFB 4 - Frau Dogan
SFB 8 - Herr Neubert
ZFB 3 - Frau Schumacher
ZFB 4 - Herr Mancik
FB 13 - Herr Reitzenberger
FB 13 - Herr Reitzenstein (KBR)

vom Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg:

Herr Scheller
Herr Schell
Herr Dr. Sonnek

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hecht, Jessica	entschuldigt
Winzenhörlein, Sven	entschuldigt

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Juks, Peter	entschuldigt
-------------	--------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| 1. | Vollzug des Haushaltsplans 2024; Bekanntgabe des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2024 | SFB1/053/2025 |
| 2. | Bewirtschaftung des Haushalts 2025 - Überplanmäßige Ausgaben - Zuwendung an die Gemeinde Sonderhofen für die Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs Typ Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug 10 (HLF 10) mit maschineller Zugeinrichtung | FB13/009/2025 |
| 3. | Mängelmelder für Radwege | SFB7/023/2025 |
| 4. | Sachstand zum Zusammenschluss des Kommunalunternehmens Klinik Kitzinger Land (KKL) und Main-Klinik Ochsenfurt gGmbH (MKO) | StabL/061/2025 |
| 5. | Sonstiges | |
| 5.1. | Ehrung von Paul Lehrieder für seine Verdienste als Bundestagsabgeordneter der Region Würzburg | |

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung des Landratsamtes Würzburg und des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Kreisausschuss	Termin 06.10.2025	Vorlage: SFB1/053/2025
		TOP 1
		öffentlich
Fachbereich: SFB1 - Kreiskämmerei		

Betreff:

Vollzug des Haushaltsplans 2024; Bekanntgabe des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2024

Anlage/n:

- Jahresabschluss 2024 des Landkreises Würzburg
- Übersicht zu den Deckungsringen 2024
- Übersicht zu den wesentlichen Abweichungen Ergebnisplan 2024 / Ergebnisrechnung 2024
- Übersicht zu den wesentlichen Abweichungen Finanzplan 2024 / Finanzrechnung 2024
- Präsentation

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss 2024 wird hiermit nach Art. 88 Abs. 2 LKrO mit folgenden wesentlichen Ergebnissen bekanntgegeben:

Jahresabschluss 2024 des Landkreises Würzburg (§§ 80 – 87 KommHV-Doppik)

Ergebnisrechnung:

Gesamtbetrag der Erträge:	210.477.037,65 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen:	217.759.670,11 €
Saldo (=Jahresergebnis):	- 7.282.632,46 €

Finanzrechnung:

Laufende Verwaltungstätigkeit:	
Gesamtbetrag der Einzahlungen:	203.230.138,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen:	202.968.607,49 €
Saldo:	261.530,51 €

Investitionstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen:	7.426.088,17 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen:	16.670.202,19 €
Saldo	- 9.244.114,02 €

Finanzierungstätigkeit:

Gesamtbetrag der Einzahlungen:	12.196.861,75 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen:	3.357.619,62 €
Saldo:	+ 8.839.242,13 €

Finanzmittelfehlbetrag:	- 143.341,38 €
-------------------------	----------------

Vermögensrechnung (Schlussbilanz zum 31.12.2024):

Bilanzsumme (Summe Aktiva / Summe Passiva):	172.101.291,67 €
---------------------------------------------	-------------------------

Der Schuldenstand des Landkreises Würzburg (ohne das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg) zum 31.12.2024 beträgt 29.806.692,40 € (179,64 €/ Einwohner).

Der Jahresabschluss 2024 mit den Bestandteilen liegt der Vorlage als Anlage bei.

Die Mitglieder des Kreisausschusses werden um Kenntnisnahme gebeten.

Debatte:

Herr Schebler, stellv. Leiter des Stabsstellenfachbereichs 1 (Kämmerei), erläutert anhand einer Präsentation den Sachverhalt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an SFB 1

Zur Kenntnis an S, KrPA

Münch
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 06.10.2025	Vorlage: FB13/009/2025
		TOP 2
		öffentlich
Fachbereich: FB13 - Sicherheit und Ordnung		

Betreff:

**Bewirtschaftung des Haushalts 2025 - Überplanmäßige Ausgaben -
Zuwendung an die Gemeinde Sonderhofen für die Beschaffung eines
Feuerwehrfahrzeugs Typ Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug 10 (HLF 10) mit
maschineller Zugeinrichtung**

Anlage/n:

- Beschluss Gemeinde Sonderhofen
- Präsentation

Sachverhalt:

Gemäß Art. 2 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG) hat der Landkreis als Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis die für den Einsatz der gemeindlichen Feuerwehren überörtlich erforderlichen Fahrzeuge, Geräte und Einrichtungen zu beschaffen und zu unterhalten oder hierfür Zuschüsse zu gewähren.

Der Feuerwehrbeirat des Landkreises Würzburg hat sich in mehreren Sitzungen mit der Thematik „Ersatzbeschaffung des Rüstwagens Sonderhofen/Ochsenfurt“ beschäftigt und empfiehlt Folgendes:

Derzeit ist in der Gemeinde Sonderhofen ein Rüstwagen stationiert. Wegen des Alters dieses Fahrzeugs (Indienststellung 1991) und der mittlerweile vorhandenen Mängel ist das Fahrzeug auszusondern. Ein Bedarf, den Rüstwagen in Sonderhofen zu ersetzen, ist nicht gegeben, da in den letzten Jahren eine stetige Verbesserung der Ausstattung an Fahrzeugen und Geräten bei den Feuerwehren der Gemeinden im südlichen Landkreis erfolgte. Außerdem können große Teile des südlichen Landkreises durch den in Ochsenfurt stationierten Rüstwagen abgedeckt werden. Ebenso sieht der Feuerwehrbedarfsplan des Landkreises Würzburg nur drei Rüstwagen im Landkreis Würzburg vor. Um den überörtlichen Bedarf im südlichen Landkreis in Gänze sicherzustellen, unterstützt der Landkreis Würzburg die Gemeinde Sonderhofen mit einer Zuwendung bei der Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs mit maschineller Zugeinrichtung (Winde).

Für die Sicherstellung des eigenen Brandschutzes wäre für die Gemeinde Sonderhofen die Beschaffung eines mittleren Löschfahrzeugs (MLF) ausreichend. Die Montage einer manuellen Zugeinrichtung an einem solchen Fahrzeug ist allerdings nicht zielführend. Der Feuerwehrbeirat des Landkreises Würzburg empfiehlt daher, die Gemeinde Sonderhofen bei der Beschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges 10 (HLF 10) mit Seilwinde zu unterstützen.

Als Zuwendungshöhe schlägt der Feuerwehrbeirat des Landkreises Würzburg vor:

Für maschinelle Zugeinrichtung	60.000,00 €
Ausgleich Mehrkosten für HLF 10	130.390,00 € (Höhe der Zuw. des Freistaats zu HLF 10)
Summe	190.390,00 €

Aufgrund der Dringlichkeit und Unabweisbarkeit der Beschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges HLF 10 mit maschineller Zugeinrichtung durch die Gemeinde Sonderhofen, empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 190.390,00 € im Finanzhaushalt bei Produktkonto 12611000.017112 zu bewilligen. Die Zuwendung für die Beschaffung des HLF 10 mit Zugeinrichtung ist in den Haushalt 2026 aufzunehmen. Die notwendigen Mittel hierfür stehen bei Produktkonto 12611000.017112 in Höhe von 50.700,00 € und beim Produktkonto 12811000.073200 in Höhe von 139.690,00 € zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Um Zeitverzögerungen bei dem Vergabeverfahren für die dringliche und unabweisbare Beschaffung eines HLF 10 mit maschineller Zugeinrichtung in der ersten Jahreshälfte 2026 zu vermeiden und nicht bis zur Rechtskraft des Haushalts voraussichtlich Mitte 2026 warten zu müssen, werden überplanmäßige Ausgaben beim Produktkonto 12611000.017112 in Höhe von 190.390,00 € für das Haushaltsjahr 2025 gem. § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistags durch den Kreistag bewilligt werden. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe erfolgt über Einsparungen in Höhe von 139.690,00 € beim Produktkonto 12811000.073200 und in Höhe von 50.700,00 € beim Produktkonto 12611000.017112.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die dargestellte Zuwendung an die Gemeinde Sonderhofen zu beschließen.

Debatte:

Frau Opfermann, Leiterin des Geschäftsbereichs Kommunales, Sicherheit und Verkehr, führt in die Thematik des Sachverhalts ein.

Kreisbrandrat Reitzenstein erläutert anhand einer Präsentation den Sachverhalt.

Kreisrat Hansen spricht die Bereiche Gramschatz und Hausen b. Würzburg an die ebenfalls nicht abgedeckt seien, ebenso der Bereich Böttigheim. Er fragt nach, wie diese Bereiche abgedeckt werden.

Herr Reitzenstein äußert sich, dass auch die überörtliche Hilfeleistung angeschaut worden sei. Er teilt mit, dass der Bereich Gramschatz und Hausen b. Würzburg über den Bereich Werneck und Bergrheinfeld abgedeckt werde. Der Bereich Böttigheim werde durch die Feuerwehr Wertheim mit abgedeckt.

Im südlichen Landkreis käme für den nicht abgedeckten Bereich Bad Mergentheim in Frage, was jedoch zu weit entfernt wäre.

Kreisrat Jungbauer äußert sich, dass im Feuerwehrrbeitskreis das Thema besprochen worden sei, da es sich um ein Fahrzeug handele, das von der Kommune auch zur Sicherstellung der eigenen Brandschutznotwendigkeit vorgehalten werde. Der Bürgermeister habe entsprechend erklärt, dass die Gemeinde das leisten könne und es keine Aufgabe für den Landkreis werde, wenn beispielsweise die Rüstkomponente nach Röttingen fahren müsste, so dass hier die Kommune das dann entsprechend selbst gemeinsam mit der Kreisbrandinspektion organisiert, um den örtlichen Brandschutz auch sicherzustellen. Das sei für den Landkreis insofern wichtig, dass hier nur die Rüstkomponente ausgestattet werde und alles andere Aufgabe der Gemeinde Sonderhofen ist.

Landrat Eberth teilt mit, dass dieser Hinweis ein wichtiger Punkt sei, der auch mit den Bürgermeistern sowohl von Ochsenfurt als auch mit Sonderhofen abgestimmt sei, denn es komme immer bei Alarmierungsfällen zu Verschiebungen der Einsatzplanung.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Um Zeitverzögerungen bei dem Vergabeverfahren für die dringliche und unabweisbare Beschaffung eines HLF 10 mit maschineller Zugeinrichtung in der ersten Jahreshälfte 2026 zu vermeiden und nicht bis zur Rechtskraft des Haushalts voraussichtlich Mitte 2026 warten zu müssen, werden überplanmäßige Ausgaben beim Produktkonto 12611000.017112 in Höhe von 190.390,00 € für das Haushaltsjahr 2025 gem. § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistags durch den Kreistag bewilligt werden. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe erfolgt über Einsparungen in Höhe von 139.690,00 € beim Produktkonto 12811000.073200 und in Höhe von 50.700,00 € beim Produktkonto 12611000.017112.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die dargestellte Zuwendung an die Gemeinde Sonderhofen zu beschließen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2025.10.06/Ö-2

Zur weiteren Veranlassung an FB 13

Zur Kenntnis an GB 1, SFB 1, KrPA

Münch
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 06.10.2025	Vorlage: SFB7/023/2025
		TOP 3
		öffentlich
Fachbereich: SFB7 - Klimaschutz, Energiewende und Mobilität		

Betreff:

Mängelmelder für Radwege

Sachverhalt:

Im Ausschuss für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft am 23. Mai 2025 hat der Stabsstellenfachbereich Klimaschutz, Energiewende und Mobilität unter dem TOP Sonstiges über die Einführung eines Mängelmelders für Radwege informiert. Der Mängelmelder ist unter <https://www.landkreis-wuerzburg.de/Klima-I-Energie-Mobilität/Mobilität> abrufbar.

In der sich anschließenden Debatte ergab sich die Frage, ob Bürgerinnen und Bürger einsehen könnten, welche Mängel bereits gemeldet worden seien, um Doppelmeldungen zu vermeiden. Dies war zum damaligen Zeitpunkt leider nicht möglich. Die Kreisverwaltung hat die Anregung aufgenommen und technisch umgesetzt.

Nunmehr sind alle bisher gemeldeten Mängel in einer Karte verortet und beschrieben. Bevor ein neuer Mangel gemeldet werden kann, muss die meldende Person bestätigen, dass die Mängelkarte geöffnet und geprüft wurde, ob der Mangel bereits gemeldet ist.

Debatte:

Herr Neubert, stellv. Leiter des Stabsstellenfachbereichs Klimaschutz, Energiewende und Mobilität, stellt den Mängelmelder auf der Homepage des Landkreises Würzburg vor. Er erläutert das Prozedere bezüglich der Weitergabe der eingetragenen Mängel an die entsprechende Kommune.

Kreisrat Hansen fragt nach, ob seitens der Kommunen eine Rückmeldung über die Beseitigung der Mängel erfolge und ob die Behebung der Mängel dann auf der Karte des Mängelmelders eingetragen werden. Dies würde er für sinnvoll erachten.

Herr Neubert äußert sich, dass die Kommunen nicht aufgefordert werden, eine Rückmeldung zu geben, da keine Verpflichtung durch die Kommune vorliege. Dennoch werde nach einer gewissen Zeit seitens des Landkreises Würzburg bei der betroffenen Kommune nachgefragt.

Der Vorschlag, die Rückmeldung des beseitigten Mangels dann in der Karte einzutragen, könne gerne aufgenommen werden.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an SFB 7

Zur Kenntnis an S

Münch
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 06.10.2025	Vorlage: StabL/061/2025
		TOP 4
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Sachstand zum Zusammenschluss des Kommunalunternehmens Klinik Kitzinger Land (KKL) und Main-Klinik Ochsenfurt gGmbH (MKO)

Sachverhalt:

Zum aktuellen Sachstand der geplanten Klinikfusion erfolgt ein Sachvortrag.

Debatte:

Landrat Eberth führt in die Thematik ein und teilt mit, dass bisher noch immer nicht alle Fragen aus Berlin zur Klinikreform beantwortet seien. Unklar seien zum einen die Rahmenbedingungen und inwieweit ein Zusammenschluss finanziell sinnvoll sei. Zudem sei derzeit wieder das Thema zur Förderung von kleineren Kliniken in der Debatte, die die Frage aufkommen lässt, inwieweit dann eine Klinikfusion in der Geschwindigkeit überhaupt sinnvoll sei und inwieweit man dann auch noch die Zuschüsse erhalte, wenn bereits eine Fusion erfolgt sei. Detailfragen, wie die Kliniksoftware, das Organigramm bis hin zur Frage, wer wo und wann seinen Arbeitsplatz haben könnte, sei ein großes Thema, bei dem man gegenüber dem Personal sehr vorsichtig sein müsse. Derzeit werden die Zahlen beider Seiten analysiert, d.h. die beauftragte Kanzlei und Steuerberatung schaue sich die Entwicklung der Wirtschaftspläne und die Leistungsdaten der unterschiedlichen Kliniken an. Er äußert sich, dass das derzeitige voraussichtliche Defizit von Kitzingen nicht so erfreulich aussehe, im Gegensatz zu Ochsenfurt. Dies seien Dinge, mit denen sich die Kreispolitik, mit dem Bewusstsein beschäftigen müsse, Synergieeffekte im medizinischen Bereich erzeugen zu wollen und zu müssen und dass man aber auch in der Kostenstruktur Synergieeffekte erzeugen möchte und müsse. Kurzum, man sei auf einem guten Weg. End- und Startzeitpunkt wann die gKU Satzung und wann das gemeinsame Unternehmen gegründet werde, würde man jetzt nicht mehr am 01.01.2026 bzw. am 01.01.2027 miteinander diskutieren, da man noch nicht soweit sei. Er bittet Herrn Scheller, Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg, um ergänzende Informationen zum aktuellen Sachstand. Er weist darauf hin, dass die Kreisrätinnen und Kreisräte aber auch über einen gemeinsamen Newsletter zu den aktuellen Entwicklungen informiert werden.

Herr Scheller, Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg (KU), äußert sich, dass man weiterhin der Meinung und der Überzeugung sei, dass eine Fusion für beide Kliniken der richtige Schritt sei, um gemeinsam stärker zu werden und sich gemeinsam stark am Markt zu positionieren, um sich vor allem wirtschaftlich und nachhaltig aufzustellen. Die Frage die sich jedoch stelle sei, ob jetzt der richtige Zeitpunkt sei, da noch einige Dinge im Unklaren seien und sich die Dinge auch hinsichtlich der gesetzgeberischen Ausgestaltung verschieben. Es seien Entscheidungen notwendig, die diskutiert werden, gerade im Hinblick auf die Verträge. Das eine sei die Frage hinsichtlich der Stammkapitaleinlage und die Frage,

ob zusätzlich noch eine Bareinlage notwendig sei, dann das Thema der Tragung der Altverbindlichkeiten, das Thema der zukünftigen Verlusttragung und auch das Thema der Barliquidität. All diese Dinge hängen davon ab, wie es weitergeht mit den Kliniken. Diese Frage sei durch das medizinische Konzept zu beantworten, d.h. wie stellt man sich an der Stelle medizinisch auf, welche Schwerpunkte werden gebildet, an welchen Standorten, und dafür müsste man wissen, wie diese Vorhaltevergütung und diese Leistungsgruppen konkret ausgebildet sind, um das ganze kalkulieren und berechnen zu können. An diesem Punkt habe es derzeit, was das ganze schwierig mache. Es seien auch Vorschläge gemacht worden, wie die Kooperation stattfinden könnte, wie die Trennung vom KU Würzburg passieren könnte, was Kitzingen sehr wichtig sei, das hänge auch davon ab, welche Programme man zukünftig einsetzt, in welcher Organisationform man arbeitet und an welchen Standorten Personen dann ihren Arbeitsplatz haben werden. Das seien sehr wichtige Fragen, da die Kolleginnen und Kollegen vom KU sich dann ggf. auch verändern müssen, denn diese müssen auch wissen, in welcher Form sie weiterarbeiten, in welcher Organisation, mit welchem direkten Vorgesetzten, in welchen Räumlichkeiten, mit welchen Programmen und in welcher Struktur. Diese Fragen lassen sich momentan noch schwer beantworten. Es werde weiter an den Dingen gearbeitet, man sei aber auch der Meinung, dass momentan keine Existenzgefährdung für die Main-Klinik bestehe, wenn man das ganze zeitlich noch etwas verschieben müsse. Die Main-Klinik komme zunächst auch gut alleine zurecht, auch wenn die Fusion und die gemeinsame Stärkung der beiden Standorte weiterhin ein wichtiges Ziel bleibe.

Landrat Eberth bittet Herrn Schell, Geschäftsführer der Main-Klinik Ochsenfurt, um kurze Erläuterung welche Leistungsgruppen es zukünftig geben werde und wie die Tendenz aus Berlin diesbezüglich sei, die gerade für die Abrechnungsfähigkeit der medizinischen Leistungen, an beiden Kliniken, an den einzelnen Kliniken, oder an der gemeinsamen Klinik der Punkt sei, denn „wie will man das medizinische Konzept weiterentwickeln, wenn die Rahmendaten noch nicht bekannt seien“.

Herr Schell, Geschäftsführer der Main-Klinik Ochsenfurt, äußert sich, dass man mehrere Perspektiven einnehmen müsse. Das eine sei die gesetzgeberische Grundlage. Hier gehe es nicht nur um Leistungsgruppen. Man warte beispielsweise seit einem dreiviertel Jahr auf eine Richtlinie im onkologisch chirurgischen Bereich. Des Weiteren sei man gerade im intensiven Austausch mit der Uni-Klinik, dem KWM und der Klinik Kitzinger Land bei der Erstellung des regionalen Strukturgutachtens, was sich trotz Beauftragung und Förderung nach hinten verschiebt, da die Grundlage fehle, um es richtig bearbeiten zu können. Ein Ergebnis werde im März 2026 erwartet. Im Dezember 2024 kam das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz, das zum 01.01.2027 in Kraft tritt und dann sollte vor 4 Wochen das Krankenhausreformänderungsgesetz kommen, was dann von heute auf morgen nicht beschlossen wurde, es sei daher sehr schwierig eine medizinische Strategie zu entwickeln.

Die zweite Perspektive die man haben müsse, sei das regionale Versorgungsangebot. Er geht auf die Pressemeldungen zu anderen Kliniken (Rotkreuz-Klinik, Dinkelsbühl, Rothenburg) ein, die im Einzugsgebiet oder am Rande des Einzugsgebietes liegen und bereits Schwierigkeiten haben. Er spricht das Thema Geburtshilfe beim KWM an, die eher den Landkreis betreffe, da dieser keine Geburtshilfe habe. Auch das Verhandeln der Zahlen im Konsortialvertrag bedürfe einer gewissen Sorgfalt. Man müsse zu jedem Zeitpunkt die Chancen und Risiken für so eine Fusion abwägen. Er geht kurz auf die Entwicklungen der letzten 2 Jahre ein (Gesetzesänderungen usw.) und teilt mit, dass die MKO alle Leistungen wie bisher anbieten könne. Bei einer Fusion hätte man die Chance Strukturkosten zu reduzieren, dies würde ohne Fusion nicht funktionieren. Es stelle sich daher die Frage, ob die Fusion jetzt mit der Brechstange gemacht werden müsse oder nicht. Daher gehen die Überlegungen derzeit dahin, nochmal die Gesetzeslagen zu prüfen und sich ein wenig mehr Zeit zu lassen für das Medizinkonzept und den Konsortialvertrag.

Landrat Eberth bittet Herrn Schell noch um Auskunft zu den Zuschüssen ab November.

Herr Schell äußert sich, dass die Klinik ab November 3,25 % Zuschlag auf die Rechnungsbeträge erhalte. Dies betreffe bestimmte Positionen in den Rechnungen. Es sei davon auszugehen, dass für den Zeitraum von November 2025 bis Oktober 2026 rund 1 Mio. Fördermittel der Main-Klinik zufließen werden.

Landrat Eberth spricht das Thema Klinikum Mitte (KWM), da diese einen extremen Hilferuf an die Stadt Würzburg gestellt habe, die bekanntermaßen keine Klinik besitzt, aber auch an die drei Landkreise. Anhand der Geburtenstation könne genau festgestellt werden, aus welchem Bereich die Familien der Gebärenden kommen. Somit liegen die Zahlen vor, wer beispielsweise aus der Stadt Würzburg oder aus den drei Landkreisen (Würzburg, Kitzingen, Main-Spessart) komme. Die Geburtshilfe habe rund 2,7 Mio. € Defizit beim Klinikum Mitte, die gesamte Klinik schreibe jedoch pro Jahr über 9 Mio. € Defizit. Die Stiftung, die unter der Aufsicht des Innenministeriums stehe, sage der Versorgungsauftrag liege klar bei den Kommunen, man könne nicht mehr lange durchhalten und habe deshalb einen entsprechenden Hilferuf bereits im letzten Jahr und verschärft auch in diesem Jahr gesendet. Welche Leistungen dort ggf. wegfallen, um die Defizite zu reduzieren, sei fraglich. Fakt sei, dass der öffentliche Druck auf das Thema Geburten abgeladen werde. Dies müsse abgewartet werden. Seitens der Gesundheitsministerin liege ein entsprechendes Schreiben vor, in dem stehe, dass die Kommunen überlegen sollen, ob sie sich bereiterklären könnten, das Klinikum Mitte als eine Art freiwillige Leistung finanziell zu unterstützen.“ Eine entsprechende Debatte sei hier schon einmal geführt worden. Allerdings sehe man hier das Thema Versorgungsauftrag ganz klar auch bei der Stadt Würzburg - im Rahmen der Leistungsfähigkeit auch beim Landkreis -, aber eine Klinikfusion mit Kitzingen würde dazu führen, dass der Landkreis Würzburg dann wieder eine Geburtenstation haben würde. Zu erwähnen sei auch, dass wenn man über 2000 Geburten habe und über 2000 Geburten pro Jahr nicht wirtschaftlich darstellbar seien, zumindest mit einer schwarzen Null zu versehen sind, dann brauche man auch nicht zu diskutieren, dass an dem System etwas falsch sei. Bei der Größe (die Main-Klinik Ochsenfurt hatte früher eine Geburtsstation, die relativ klein war), die man geschlossen habe, da es sich nur ab einer gewissen Größe rentiere oder man schreibe eine schwarze Null. Wenn man das Klinikum Mitte anschau, dann sehe man, dass nicht mal 2000 Geburten reichen, um eine schwarze Null zu schreiben und das sei ein großes Thema. Als Landkreis Verwaltung und natürlich auch als KU würde man dem Kreistag nicht empfehlen, in eine freiwillige Förderung einzusteigen und dann lieber die spannende politische Debatte erstmal auszuhalten, denn jeder weiß, dass Klinikleistung defizitär sei. Die MKO würde jetzt auch nicht auf die Idee kommen, die Kommunen außerhalb der Kreismulage anzuschreiben und zu sagen, in Ochsenfurt hat man 37 Patienten, die bekommen eine Knie-OP durchgeführt, und die Knie-OP kostet dem Landkreis Würzburg 380,00 € zusätzlich, als mit dem Defizit hier, die Gemeinde soll für ihren Bürger, der aus der Gemeinde in die Main-Klinik kommt, zahlen. Ähnlich sei es auch bei der Geburtenstation beim Klinikum Mitte zu sehen. Über solche Dinge werde man noch intensiv debattieren.

Kreisrat Wolfshörndl äußert sich, dass man sich ein bisschen bestätigt sehe in der Kritik vor einigen Monaten, dass dieser Fusionsprozess sehr schnell und sehr aktiv und aggressiv auf die Schiene gesetzt wurde und dass man losgerannt sei und sich auf den Weg begeben habe, ohne genau zu wissen, wo der Weg eigentlich hinführe. Er habe daher noch einige Fragen an Herrn Scheller und Herrn Schell, dies sei zum einen, inwieweit sie sich fachlich ordentlich beraten und begleitet fühlen bei dem Thema und ob sie sich gut beraten fühlen bei den Beratern. Des Weiteren fragt er nach, ob es in Bayern ähnliche Fusionsprozesse von Kreiskrankenhäusern gebe, die ähnlich seien oder ob diese momentan alle noch auf Stand by seien. Weiterhin fragt er nach, wie die größeren Konzerne mit solchen Fragestellungen umgehen, denn man rede jetzt über die Förderungen für kleine Kliniken mit zwei Standorten und einem Träger, aber es gebe auch Krankenhauslandschaften, die 10 Standorte haben,

eine Dachform und dann vielleicht 10 kleinere Häuser haben, die in dem Thema unterwegs seien. Weiterhin fragt er nach, wie man mit den Unsicherheiten des Personals umgehe, wenn jetzt nicht mehr von 2027 die Rede sei, sondern von 2028, also noch ein Jahr später, dies würde auch die Unsicherheit im System verlängern, was weder gut für das Personal und für die Ärzte noch für das wirtschaftliche Arbeiten wäre.

Landrat Eberth geht auf den angesprochenen Zeitrahmen ein und erklärt, dass es durchaus auch sein könne, dass es evtl. auch schneller umgesetzt werde, wenn die Rahmenbedingungen schneller beschlossen werden. Er weist darauf hin, dass es natürlich 1,5 Jahre Prozess waren, immer mit dem Hinblick darauf, wann welche Leistungsgruppe zu beantragen sei und welche Rahmenbedingungen für die Leistungsgruppe am Ende dafür entscheidend sei, dass man abrechnen dürfe. Diese Rahmenbedingungen seien elementar für diese Fusion. Denn wenn man für eine Leistungsgruppe eine bestimmte Anzahl Ärztinnen und Ärzte im Dauereinsatz benötige, dann benötige man auch eine gewisse Größe. Genau das sei der Antrieb für das Tun in einer gewissen Geschwindigkeit. Hier sei man aus der medizinischen Versorgungskonzeption heraus etwas „ausgebremst“. Denn strukturell gesehen sei er der Meinung, dass natürlich Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Klinik bei der Größe durchaus sinnvoll seien. Man müsse jedoch die medizinischen Rahmenbedingungen der zukünftigen Förderung kennen. Das sei das große Thema.

Fragen von Kreisrat Wolfshörndl auf und äußert sich, dass man mit den Rechtsanwälten Seufert, die die rechtliche Beratung durchführe und auch die Vertragsentwürfe aufbereite, sowie Solidaris, einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei, die das ganze zahlenmäßig und finanziell prüfen, gut beraten sei, da diese Kanzleien eine gute Branchenkenntnis haben und Vergleiche zu anderen Fusionen ziehen können und dadurch auch die Auswirkungen gut abschätzen können. Die Vertragsentwürfe liegen auf dem Tisch und auch die Zahlen. Es gebe einige Dinge, die jetzt dringend geklärt und verhandelt werden müssten, die jedoch die Kanzlei letztlich nur von der Formulierung her liefern könne, die Entscheidung werde woanders getroffen. Er habe das Gefühl, dass man von dieser Seite aus gut beraten und aufgestellt sei. Auch habe er das Gefühl, dass zwischen dem Landrat, Herrn Dröse, Herrn Dr. Sonnek, Herrn Schell und ihm eine gute Abstimmung und Absprache herrsche. Insoweit sei man ein gutes Verhandlungsteam und sei auch gut beraten. Dennoch würde man sich nicht scheuen, andere Expertisen einzuholen, wenn diese notwendig wären.

Was die Kommunikation gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angehe, so sei es sicherlich nicht ideal, wenn verkündet werde, dass sich das ganze wieder um ein Jahr hinausschiebe und man keinen wirklichen Zeitpunkt sagen kann, wann die Fusion tatsächlich kommt. Das Thema werde offen und transparent kommuniziert, zudem gebe es regelmäßig die Newsletter, die in der Main-Klinik veröffentlicht werden, und es werde auch auf KU-Ebene informiert. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Anwesenheit von Frau Herz (Personalrat KU) und Frau Gugel (Gesamtpersonalrat) hin, die heute in der Sitzung anwesend sind und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann entsprechend informieren. Des Weiteren sei für morgen in der Main-Klinik eine Dienstbesprechungsrunde einberufen, um auch aus erster Hand die Führungskräfte zu informieren, so dass diese dann über den genauen Sachstand und auch den Zeitlauf informiert sind. Schöner wäre es, wenn man ein eindeutiges zeitliches Ziel hätte hinsichtlich der Fusion, auf das man zuarbeiten könne. Hier seien – wie bereits von Landrat Eberth angesprochen – entsprechende Entscheidungen notwendig, die sich auch in Zahlen ausmachen und da sei es auch wesentlich, was für den Landkreis Würzburg dabei herauskommt, also welche Verpflichtungen übernimmt man, wenn man in diese Fusion eingeht. Es soll ja auch nicht schlechter werden als jetzt. Daher benötige man noch Zeit.

Herr Schell geht auf die Frage nach der Kliniklandschaft in Bayern ein. Er teilt hierzu mit, dass in Bayern viele Häuser fusionieren, wie z.B. Stadt und Landkreis Landshut oder auch größere Verbünde, wie z.B. Traunstein, Altötting und Mühldorf (Inn Klinikum).

Noch mehr Kliniken würden schließen, wie z.B. Ebern (Haßberge). Es sei eine große Dynamik in dem Thema, da sich vieles ändere (Dinge werden angekündigt und dann wieder zurückgenommen). Ein wichtiger Aspekt sei auch der Fusionspartner und wie schnell oder wie langsam etwas gehe und wie viele Prüfschleifen man einziehen müsse, ob eine Kommunalwahl statfinde oder nicht, das bremse das Ganze im nächsten Jahr faktisch auch aus, da über einen gewissen Zeitraum dann auch keine Entscheidungen getroffen werden können. All diese Aspekte spielen bei einer Fusion mit hinein. Es sei eine permanente Abwägung von Chancen und Risiken. Ein Risiko sei auch, wenn man die Chance nicht hebe, es brauche auch eine Veränderungsbereitschaft von beiden auf Augenhöhe, damit die Chancen auch tatsächlich realisiert werden könne.

Kreisrat Hansen fragt nach, welche Folgen es für die Main-Klinik haben würde, falls die Fusion scheitere. Des Weiteren interessiere ihn, wie Kitzingen hinter dem ganzen Sachverhalt stehe und ob Kitzingen darüber informiert werde, dass es jetzt langsamer gehe.

Landrat Eberth äußert sich, dass man sowohl mit der Klinikführung als auch mit der Landrätin von Kitzingen im Daueraustausch stehe. Was passieren könnte, falls die Fusion scheitern würde, könne nicht vorhergesagt werden. Er betont, dass die Klinikfusion nach wie vor oberste Priorität habe. Er sei der Meinung, dass es unabhängig vom medizinischen Thema auch verwaltungstechnisch sinnvoll wäre, eine größere Einheit zu bilden, da in dem Bereich Synergieeffekte erzeugt werden könnten, was auch beiden Kliniken guttun würde. Wenn die Rahmenbedingungen feststehen und es dann trotzdem scheitern würde und man dann irgendeine Leistungsgruppe nicht mehr darstellen könnte, weil nicht genügend Ärztinnen und Ärzte vorhanden seien, hätte sowohl Kitzingen als auch Ochsenfurt ein Problem. Er bittet Herr Schell kurz um Erläuterung, wie es sich mit der Beantragung von Leistungsgruppen verhält.

Herr Schell erläutert, dass die Leistungsgruppen bis 30.11.2025 beantragt werden müssen. Die personelle und medizinische Ausstattung dafür sei noch identisch geblieben. Die Klinik in Kitzingen benötige beispielsweise 5 Kardiologen, um die Leistungsgruppe Kardiologie zu beantragen. Diese hatten bisher zu wenig, aber nachgelegt. Da werden Strukturen aufgebaut, die vielleicht nicht ausgelastet werden können, denn für die Leistungen, die sie gerade erbringen würden vielleicht auch 3 Kardiologen ausreichen. Nachdem bekannt wurde, dass eine Fusion mit Kitzingen nicht zum 01.01.2026 erfolgt, musste sich Kitzingen schon eine Lösung überlegen. Die Main-Klinik Ochsenfurt erfülle derzeit für alle Leistungsgruppen die gebraucht werden die personellen Voraussetzungen und auch die Ausstattung dafür, so dass zum 01.01.2027 gestartet werden könnte. Er betont ausdrücklich, dass er noch nicht von Scheitern reden möchte, dennoch hätte es vor 10 Jahren schon Sinn gemacht und es mache nach wie vor weiterhin Sinn, es müsse nur gut geprüft werden und ein gutes medizinisches Konzept abgestimmt und dann auch umgesetzt werden. Dies sei ein wichtiger Punkt. Es müsse nicht nur geplant werden, sondern auch in die Tat umgesetzt werden.

Kreisrat Jungbauer bedankt sich bei Herrn Scheller und Herrn Schell. Er spricht die von Kreisrat Wolfshörndl angesprochenen Kritikvorwürfe an, dass damals zu schnell und überstürzt begonnen worden sei. Er sehe das anders. Er sei der Meinung, dass genau zum richtigen Zeitpunkt damit begonnen worden sei. Die Frage für ihn sei, ob sich aus dem jetzigen Prozess, der schon eine gewisse Zeit laufe, irgendetwas ergeben habe, wo man sagen würde, dass man sich mit Kitzingen den falschen Partner herausgesucht habe und man gegebenenfalls in Richtung KWM oder einen anderen Partner gehen müsse. Ein weiterer Punkt, der sich durch die Verzögerungen ergebe habe, sei der Bau. Denn allein schon die Sanierung, die Investition und die Sicherung, die dort getroffen werde, sei der eine Punkt, aber man habe ja bereits das ein oder andere geschoben, bis eine Entscheidung mit Kitzingen getroffen sei. Er fragt nach, inwieweit schon abgeschätzt werden könnte, ob man durch die Verlängerung ins Hintertreffen geraten sei oder ob man immer noch auf der Timeline laufe, ob alles gut laufe und man dort, wie geplant weitermachen könnte.

Herr Schell äußert sich zunächst zur Frage nach dem Fusionspartner. Er teilt mit, dass es nur die Klinik Kitzinger Land oder KWM als Partner gebe. Es seien auch mit dem KWM Gespräche geführt worden, allerdings wollte das KWM keinen zweiten akut stationären Standort, d.h. keinen zweiten Standort mit Notaufnahme. Daher sei relativ schnell klar gewesen, dass man mit dem KWM nicht zusammenpasse. Das KWM habe bereits eine Fusion hinter sich. Aus seiner Sicht bleibe nur Kitzingen als Fusionspartner. Er geht auf die Frage von Kreisrat Jungbauer ein, welche Auswirkungen die Fusion auf den Bau haben könnte und nimmt dazu Stellung.

Kreisrat von Zobel greift die Frage von Kreisrat Hansen auf und äußert sich überrascht, denn er habe einen ganz anderen Eindruck davon, wie die Kitzinger Landrätin und die Kitzinger Kreisräte die Fusion sehen. Er fragt nach, wie Kitzingen zu der Fusion stehe und wie die zeitliche Entwicklung aussehe.

Landrat Eberth betont, dass beiderseitig die Fusion gewünscht sei. Dies sollte auch heute nicht Thema sein. Es gehe um die medizinischen Rahmenbedingungen, die miteinander geklärt werden müssen, doch dazu fehlen noch viele Informationen aus Berlin und teilweise aus München.

Kreisrat von Zobel äußert sich, dass es abseits der medizinischen Rahmenbedingungen verwaltungstechnisch noch mehr Vorteile einer Fusion gebe, in anderen Bereichen sicherlich auch Nachteile. Er sei der Auffassung, dass das medizinische Konzept auch ausgeklammert werden könnte und auf die Entscheidungen aus Berlin gewartet werden müsse, jedoch in Dingen wie der Verwaltung usw. weitermarschiert werden könnte.

Landrat Eberth bestätigt die Aussage und äußert sich, dass auch zwischen den beiden Klinik-Vorstandschäften gearbeitet werde, um Entscheidungsgrundlagen für die Politik vorzubereiten (wer sitzt wo, wo ist die Finanzabteilung, wo die Einkaufsabteilung usw.). Diese Schritte laufen parallel. Parallel laufe auch das Thema, wer bringt was ein und welche finanziellen Voraussetzungen habe man, wie statet man beide Unternehmen mit Liquidität aus, dass dann ein gemeinsames Unternehmen ist. Was passiert mit den Schulden? Er geht auf das Thema Abschreibung der bestehenden Kredite und Investitionen ein sowie auf Zins und Tilgung und die Krankenhaus Baufinanzierung usw. All diese Dinge müssen intensiv betrachtet werden. Er erläutert, dass diese Debatten im Hintergrund laufen, Stichwort Konsortialvertrag, der dann im Detail interessant sein werde. Diese Punkte klingen zunächst trivial, seien jedoch im Detail harte Diskussionspunkte. Deshalb wäre mehr Zeit besser. Dennoch müsse es geklärt werden, denn dann könne man Verwaltung, Finanzen, Einbringungen, Einbringungsverträge, Größe der Unternehmen, Vergleiche und Bewertung der unterschiedlichen Bereiche so hinbekommen, dass es beschlossen werden kann. Dass parallel die gKU-Satzung im Vergleich „relativ einfach“ sei, sei klar und auch dass Kitzingen wissen möchte, wer als Vorstand „ins Rennen geschickt wird“, „wie die Gremien aussehen werden“ usw. Diesbezüglich sei er jedoch mit Kitzingen und der Kitzinger Landrätin in einem guten Austausch.

Stellv. Landrätin Heußner fragt nach, wie mit den Mitarbeitern umgegangen werde, denn eine gewisse Verunsicherung sei da. Viele machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz und umgekehrt sei es auch wichtig, gutes Personal zu binden und zu behalten. Sie fragt nach, welche Schritte hier angedacht seien.

Herr Schell äußert sich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Anfang an bei dem Thema mitgenommen worden seien, nicht wie es das KWM gemacht habe. Es seien ca. 27 Führungskräfte im Haus, die auch morgen wieder zusammengerufen und informiert werden. Es gebe da wenig Verunsicherung und das Vertrauen sei recht groß, da immer offen und ehrlich kommuniziert worden ist. Es werde abgewogen und wenn das Risiko höher sei, dass die Fusion einen runterzieht, als dass die Fusion einen weiterbringt, dann müsse etwas Fahrt herausgenommen werden. Diese vertrauensbildende Maßnahme, immer offen und ehrlich zu sein, bringt einen weiter. Es gebe keine Sorgen oder Ängste im Haus, dass man seinen Arbeitsplatz verliere. Er geht kurz auf das Jahresergebnis ein, das durchaus ein positives Signal in diesem Zusammenhang sei.

Landrat Eberth äußert sich, dass dieser letzte Satz ein wichtiger gewesen sei, denn die Main-Klinik werde nicht nur als Klinik akzeptiert, sondern – übertrieben gesprochen – fast überrannt. Die medizinische Leistung sei absolut notwendig für den ländlichen Raum. Deshalb sei die Frage: „Wie bestärkt man dies in Kitzingen und wie bestärkt man es im Bereich Ochsenfurt.“ Er halte es für elementar wichtig, die Chancen der Main-Klinik, aber auch der Klinik Kitzinger Land zu sehen, denn er habe bereits zuvor im Zusammenhang mit dem KWM betont, dass man dann wieder eine Geburtsstation habe. Weiterhin müsse man sich auch überlegen, was mit den Belegärzten passiert, die jetzt in der Rotkreuz-Klinik belegen, denn auch dort war die medizinische Leistung gebraucht, aber es gibt sie nicht mehr. Wo weicht was aus und wo gehen die Ströme hin. Sorge bereite ihm der demographische Wandel und die Generation, die zwar lange fit sei, aber trotzdem gebrechlich werde und die medizinische Leistung einfordere. Er frage sich, wie man die medizinische Versorgung für die Generation im Ganzen und die Zuwächse, die man jetzt schon habe, abdecken soll, man werde diesbezüglich auch in Teilen der Ambulantisierung und in Teilen im stationären Bereich wahrscheinlich größer werden müssen, um das abzudecken. Das seien alles Dinge, die bei der Diskussion bedacht werden müssen. Er geht auf das Thema OP-Saal-Belegung für Belegärzte ein und die technische Entwicklung in den OP-Sälen. Dies seien alles Punkte für die Zukunft der Menschen in der Region, die auch im Kontext zu den Entwicklungen in Würzburg mit vielen Fragen zu versehen seien. Er frage sich, wie es Regionen ohne Uni-Kliniken überhaupt noch schaffen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an S

Münch
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 06.10.2025	Vorlage:
		TOP 5
		öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:
Sonstiges

5.1 Ehrung von Paul Lehrieder für seine Verdienste als Bundestagsabgeordneter der Region Würzburg

Kreisausschuss	Termin 06.10.2025	Vorlage:
		TOP 5.1
		öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:

Ehrung von Paul Lehrieder für seine Verdienste als Bundestagsabgeordneter der Region Würzburg

Sachverhalt:

Landrat Eberth ehrt Kreisrat Paul Lehrieder für seine fast 20-jährigen Verdienste als Abgeordneter für die Region Würzburg im Deutschen Bundestag. Er überreicht ihm im Namen des Landkreises Würzburg eine Dankesurkunde sowie den Ehrenpreis des Landkreises Würzburg als Zeichen der Anerkennung.

Nachdem keine weiteren Anregungen und Wünsche der Ausschussmitglieder vorliegen, beendet Landrat Eberth den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:17 Uhr.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an SFB 4

Zur Kenntnis an ZFB 3

Münch
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender